

BUFO

3.2021

Bundesforum – Das Magazin der Katholischen
Landjugendbewegung Deutschlands



BUNDESTAGS- WAHL 2021

Jetzt entscheidet sich unser Morgen

**Malte Pahlke**

Referent für Presse-
und Öffentlichkeitsarbeit
sowie Jugendpolitik
m.pahlke@kljb.org

Liebe Leser*innen,

2021 ist ein Jahr des Umbruchs. Jogi Löw verabschiedet sich nach 15 Jahren vom Amt des Bundestrainers und Angela Merkel bringt es zu ihrem Abschied als Bundeskanzlerin sogar auf 16 Jahre. Gleichzeitig zeigen uns extreme Wetterphänomene, verheerende Brände und nicht zuletzt die Flutkatastrophe in Deutschland: So geht's nicht weiter!

Wie passend, dass dieses Jahr wieder ein neuer Bundestag gewählt wird. Während junge Menschen oftmals als uninteressiert und politikverdrossen abgestempelt werden, zeigt sich vielerorts ein ganz anderes Bild. Jugendliche interessieren sich sehr wohl dafür, was mit ihrer Zukunft passiert und artikulieren ihre Meinung offen und gut informiert. Und KJBLer*innen wissen ohnehin nicht erst seit Kurzem, dass junge Menschen Bock auf Politik, demokratische Partizipation und die Gestaltung der Gesellschaft haben. Die KJLB forderte daher kürzlich bessere Perspektiven für die außerschulische Bildung während der Pandemie aber auch darüber hinaus. Denn nur in außerschulischen Bildungsangeboten wie der Jugendverbandsarbeit lässt sich demokratische Praxis auch wirklich erfahrbar machen. Junge Menschen können dort selbst Verantwortung, z.B. in Ämtern, übernehmen und sich aktiv in die Gesellschaft einbringen. Ein Privileg, das minderjährigen Menschen bei der Bundestagswahl verwehrt bleibt. Die KJLB fordert daher eine Wahlaltersenkung, damit politisches Interesse und Engagement eben auch in einer Wahlentscheidung münden kann. Und auch andersrum wird ein Schuh draus: Wenn Menschen ab 14 wählen dürfen, werden auch die Parteien die Forderungen der jungen Generation ernster nehmen.

Jonathan Matzke, 26 Jahre, ist ehemaliger Diözesanvorsitzender der KJLB Berlin. Nach wie vor engagiert er sich im Bundesarbeitskreis Umwelt und wir danken ihm herzlich, dass er sich bereit erklärt hat, sich für unser Titelbild vor dem Reichstag knipsen zu lassen.



Die Wahlaltersenkung ist nur ein Aspekt zur Bundestagswahl, den wir in dieser BUFO-Ausgabe thematisieren. Es gibt wieder spannende Beiträge aus Politik und Wissenschaft und natürlich sind auch wieder zahlreiche KJBLer*innen zu Wort gekommen. Nur bei der vertieften Lektüre eins nicht vergessen: am 26. September ist Bundestagswahl!

Viel Spaß beim Lesen wünscht euch

Malte Pahlke

BUFO 4.2021 WÄLDER – UNSERE GRÜNE LUNGE

Die Wälder der Erde haben eine unschätzbare, lebenswichtige Bedeutung für uns Menschen. Sie speichern CO₂ und produzieren Sauerstoff. Ebenso liefern unsere Wälder Holz für Möbel und Papier und dienen als Lebensraum für Tiere. Uns obliegt die Verantwortung für den Erhalt und den Schutz der Wälder. Deshalb geben wir im nächsten BUFO einen vertieften Einblick in dieses komplexe Ökosystem und versuchen die Bedrohung, der es durch menschliches Handeln ausgesetzt ist, aufzuzeigen. Es lohnt sich also auch wieder, ins nächste BUFO zu schauen!

SCHWERPUNKT



- 4 Höher, Grösser, Weiter
- 6 Explodierender Bundestag
- 8 Wie entsteht eigentlich ein Gesetz?
- 10 Wer kontrolliert die Bundesregierung?
- 12 Volt – Politik zum Mitmachen über Grenzen hinweg
- 14 Argumente für die Absenkung des Wahlalters
- 16 Lobby-Controle
- 18 KLJB-Umfrage: Sollten junge Menschen schon ab 14 Jahren wählen dürfen?

BUNDESEBENE



- 20 Eine Welt. Keine Sklaverei.
- 22 Verantwortung
- 23 OGA – MIJARC Europe
- 24 Unser neuer Bundesvorsitzender Jannis Fughe stellt sich vor
- 26 Mitgliederversammlung der Akademie Junges Land



BUFO VOR ORT



- 27 KLJB Augsburg: Landjugend bewegt jetzt auch Bissingen
- 27 KLJB Regensburg: Uns geht's Tintenfisch – Diözesanausschuss
- 28 KLJB Aachen: „Klappe, die erste“
- 29 KLJB Passau: Slowenien erleben
- 30 Buch- und Filmtipps
- 30 Nachgedacht
- 31 Personalia



Impressum:
BUFO – Das Magazin der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands e. V. (KLJB)
Herausgeberin: Katholische Landjugendbewegung Deutschlands e. V. (KLJB), www.kljb.org **Redaktion:** Malte Pahlke, Carola Lutz, bufo@kljb.org **Verantwortlich für den Schwerpunkt:** Sarah Schulte Döinghaus und Malte Pahlke, m.pahlke@kljb.org
Korrektorat: Marion Pinnen **Fotos:** KLJB-Bundesstelle (sofern nicht anders gekennzeichnet).
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des*der Verfasser*in wieder, die sich keinesfalls mit der Meinung des Verbandes decken muss. Wir erlauben uns, eingereichte Artikel zu kürzen. **Verlag:** Landjugendverlag GmbH, Drachenfelsstraße 23, 53604 Bad Honnef, Tel.: 02224.9465-0 **Layout:** WWS, Aachen, www.wws-web.de. Gedruckt auf 100% Recyclingpapier mit ölfreien, umweltfreundlichen Druckfarben bei der Druckerei Siebengebirgsdruck in Bad Honnef.



Kofinanziert von der Europäischen Union

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt ist allein die Katholische Landjugendbewegung Deutschlands verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.





Sarah Schulte-Döinghaus
KLJB-Bundesvorsitzende
s.schulte-doeinghaus@kljb.org

HÖHER, GRÖßER, WEITER

Wahlwerbung im Jahr 2021

Als ich vergangenen Monat während meines Urlaubs mit dem Fahrrad so durch die Gegend gefahren bin, sind mir wieder die Wahlplakate aufgefallen. Von provokanten Statements bis hin zu wichtigen Forderungen, von schrägen Farben oder romantisierten Fotos, von ganz oben am Laternenpfosten bis zu großen Plakaten an Häuserfronten – es war alles dabei.

Kurz vor der Bundestagswahl befinden sich die Parteien und Spitzenkandidat*innen in der heißen Wahlkampfphase. Wahlkämpfe gehören zur Demokratie wie die Bäume in den Wald und sie sind ein zentrales und grundlegendes Element demokratischer Prozesse. Innerhalb des Wahlkampfes liefern sich die Spitzenkandidat*innen einen Schlagabtausch und versuchen, zu verdeutlichen, warum gerade sie und ihre Partei gewählt werden sollten.

Mittlerweile gleicht ein Wahlkampf manchmal auch schon einer Medieninszenierung. Alles, was Spitzenkandidat*innen sagen, wird unweigerlich in z.B. den Sozialen Medien auseinandergenommen und Aussagen können schneller viral gehen, als den Parteien lieb ist. Und dennoch sind das Erscheinen in den Medien, die Häufigkeit der Nennung oder die Art und Weise der medialen Präsentation zu wahlentscheidenden Fragen geworden.

Auch wenn die Vielfalt der (digitalen) Medien einen erheblichen Einfluss auf einen Wahlkampf haben kann, so stellt der „Medienklassiker“ – das Wahlplakat – immer noch eine wichtige Rolle im politischen Wettbewerb dar. Zwar tragen Wahlplakate nur geringfügig zu einer starken Wahlbeeinflussung bei, dennoch ist die Reichweite eines Plakates sehr hoch. So erinnern mich die Wahlplakate aktu-

ell täglich, wenn ich vor die Tür gehe, an die bevorstehende Bundestagswahl.

Charakterisierend für Wahlplakate sind der Bilderreichtum und die oft knappen Slogans. In diesem Jahr können wir Slogans wie „Machen, was Arbeit schafft“, „Lädt nicht, gibt's nicht.“, „Nie gab es mehr zu tun.“, „Sozial gerecht. Ohne Wenn und Aber.“ oder „Jetzt sichere Arbeit & Klimaschutz wählen.“ auf den Plakaten lesen. Die Slogans dienen weniger der Informationsvermittlung als der Meinungsbildung bzw. -verstärkung (Verstärkungsmedium) und dem Imageaufbau und -transfer. Aber auch der Umstand, dass Bilder, egal ob im TV oder auf Plakaten, glaubwürdiger als Worte Emotionen transportieren, macht Plakate zu einem geeigneten „Imageträger“.

Wahlplakate beeinflussen uns auf einer unbewussten Ebene, weil sie so präsent sind, die Slogans kurz und einprägsam sind und schnell ansprechen oder eher Abneigung auslösen. Dies macht das Wahlplakat mit seiner langen Geschichte und angesichts einer zunehmenden Medienvielfalt auch heute noch zu einem wesentlichen Wahlkampfmittel, auf das keine Partei im Wahlkampf verzichten kann –, bedeutet der Verzicht auf Wahlplakate doch auch ein Nichtvorhandensein, eine fehlende Präsenz im Dorf- und Stadtbild bzw. die Überlassung des öffentlichen Raumes an die politischen Mitbewerber*innen. ❖❖

„Die große Bedeutung des Wahlplakats im Medienmix resultiert somit aus seiner großen Reichweite; aber auch aus seiner langen Sichtbarkeit im Gegensatz zu einfachen Pressemeldungen oder TV-Werbespots. Es ist daher seine „visuelle Omnipräsenz“, die dem Wahlplakat eine besondere Bedeutung unter den Wahlkampfmedien verleiht und es ihm ermöglicht, verschiedene Funktionen im Wahlkampf zu erfüllen. Die Funktionen, die das Wahlplakat im historischen Verlauf erfüllt hat und erfüllt, sind verschieden: Zu den hauptsächlichen Aufgaben von Wahlplakaten zählt,

dass sie das Ereignis Wahl bewerben, sie also das Nahen von Wahlen ankündigen (Aktivierungsmedium). Wahlplakate bewerben eine Partei, eine Person, ein Thema, zeigen „wofür“ oder „wogegen“ eine Partei steht, dienen als Motivationshilfe für Parteimitarbeiter*innen, sollen politische Mitbewerber*innen oder Gegner*innen einschüchtern und demotivieren (Integrations- und Identifikationsfunktion) und v.a. die Wähler*innen in ihrem Handeln beeinflussen.“

QUELLE: WWW.DEMOKRATIEZENTRUM.ORG



Foto: Richard Ley/ pixabay



EXPLODIERENDER BUNDESTAG

„Die Größe dieses aufgeblähten Parlamentes trägt [...] dazu bei, dass die Arbeitsfähigkeit des Bundestages genauso wie sein Ansehen bei den Bürgern leidet – auch wegen der dadurch gestiegenen Kosten.“ So mahnte Hermann Otto Solms als Alterspräsident in der konstituierenden Sitzung des 19. und bislang größten Deutschen Bundestages – und benannte drei wesentliche Gründe für die Notwendigkeit einer Wahlrechtsreform zur Verhinderung einer weiter wachsenden Mandatszahl: Arbeitsfähigkeit der Abgeordneten, Ansehen bei den Bürger*innen, Kosten des Parlamentsbetriebes.

Ein Wahlrecht, welches die Zahl der Mandate im Parlament in nicht absehbarem Umfang weiter erhöht, strapaziert dessen Funktionsfähigkeit und erschwert die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten. Denn die Komplexität des parlamentarischen Aushandlungsprozesses steigt mit der Anzahl der Parlamentarier*innen.

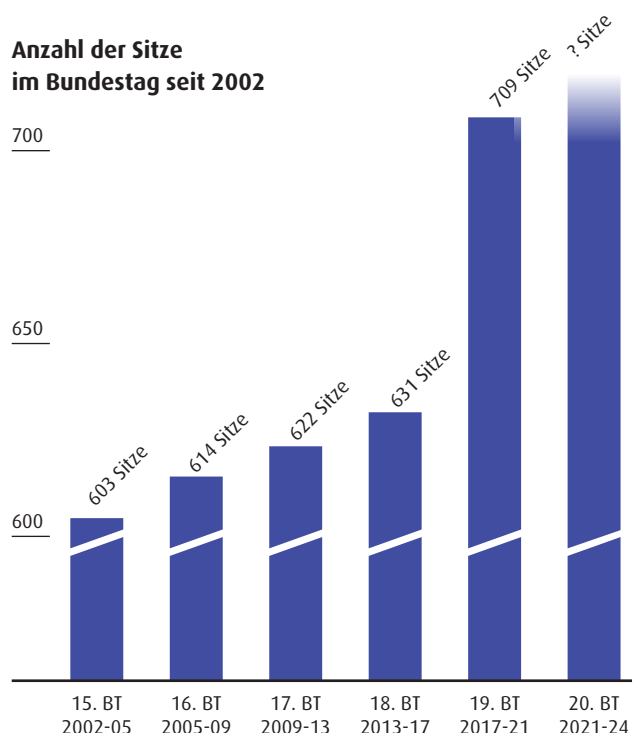
1996 hat der Gesetzgeber die Sollgröße des Bundestages auf 598 Mitglieder festgelegt, nachdem zuvor mit einem nach der ersten gesamtdeutschen Wahl aus 672 Abgeordneten bestehenden Bundestag Erfahrungen gesammelt worden waren, die eine deutliche Reduzierung der Zahl der Mandate nahelegten. Die Zahl von 709 Abgeordneten, die wir in der gegenwärtigen Wahlperiode haben, hat damals niemand gewollt und auch kaum jemand ernsthaft für möglich gehalten. Inzwischen gilt der Bundestag als größtes nationales Parlament westlicher Demokratien. Es handelt sich nicht um ein nur theoretisches Problem, das sich von alleine wieder auflöst.

Dass wir eine grundlegende Wahlrechtsreform brauchen, ist seit Jahren offenkundig – davon zeugt nicht zuletzt die große Zahl an vorliegenden Reformvorschlägen. Und das Risiko eines in der kommenden Legislaturperiode nochmal deutlich größeren Bundestages ist erheblich. Der mühsam ausgehandelte und mit der Mehrheit der Koalition beschlossene Reformkompromiss wird daran wenig ändern und die Zahl der Abgeordneten des kommenden Bundestages allenfalls marginal dämpfen. Jüngsten Berechnungsmodellen zufolge können wir noch nicht verlässlich wissen, wie groß das nächste Parlament sein wird. Es könnte etwas kleiner sein, aber auch mit über 800 Abgeordneten noch größer werden. Denn die Modelle zeigen, dass kleinste Verschiebungen beim Erringen von Direktmandaten, namentlich in Bayern, die Mandatszahl nicht nur sprunghaft ansteigen lassen können, sondern im Falle eines knappen Wahlausgangs die Mehrheitsverhältnisse – im Vergleich zum vorherigen Wahlrecht – glatt umzukehren vermögen. Der Anteil der Wähler*innen sinkt, der nachvollziehen kann, wie sich ihr eigenes Stimmverhalten in der

Methodik unseres geltenden Wahlrechts in Sitzverteilungen und Mandate umrechnet. Und allein der Umstand, dass die Wähler*innen am Wahltag nicht wissen, wie viele Abgeordnete sie wählen, ist Anlass genug für eine Reform, die das Wahlergebnis in der Anzahl wie in der Verteilung der Mandate für die Wähler*innen plausibel macht.

Der dafür notwendige rechtliche Gestaltungsspielraum ist durchaus vorhanden. Unser beinahe perfektes Grundgesetz regelt vieles, inzwischen vielleicht zu vieles, aber ausgerechnet nicht die Grundlagen unseres Wahlsystems. Es legt sich nur darauf fest, dass der Bundestag in freien, gleichen, allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen für vier Jahre gewählt wird, es bestimmt aber weder die Zahl der Abgeordneten, die Anzahl der Wahlkreise, das Wahlsystem oder die Fünf-Prozent-Klausel. Das alles regelt der Gesetzgeber. Er ist in seinen Gestaltungsmöglichkeiten politisch offensichtlich nicht unbefangen. Selbstverständlich spielen legitime Interessen der konkurrierenden Parteien wie der Abgeordneten eine beachtliche Rolle. Sie dürfen aber nicht ein größeres Gewicht haben als die berechtigten Erwartungen an ein faires, transparentes und plausibles Wahlsystem. ❖❖

**Anzahl der Sitze
im Bundestag seit 2002**



WIE ENTSTEHT EIGENTLICH EIN GESETZ?

Ohne Gesetze kann es keinen Rechtsstaat geben. Bis ein Gesetz fertig ist, sind verschiedene Verfassungsorgane beteiligt: von der Gesetzesinitiative über die Abstimmung bis zur Verkündung.

Sowohl die Bundesregierung als auch Bundestag und Bundesrat besitzen das sogenannte **Initiativrecht** – also das Recht, ein neues Gesetz zur Abstimmung vorzulegen. Die Mehrheit aller Gesetzesinitiativen wird durch die jeweilige Bundesregierung ins Parlament eingebracht. Das lässt sich damit erklären, dass insbesondere der Bundesregierung ein umfangreicher Verwaltungsapparat in den Ministerien zur Vorbereitung der Gesetzesvorhaben zur Verfügung steht.

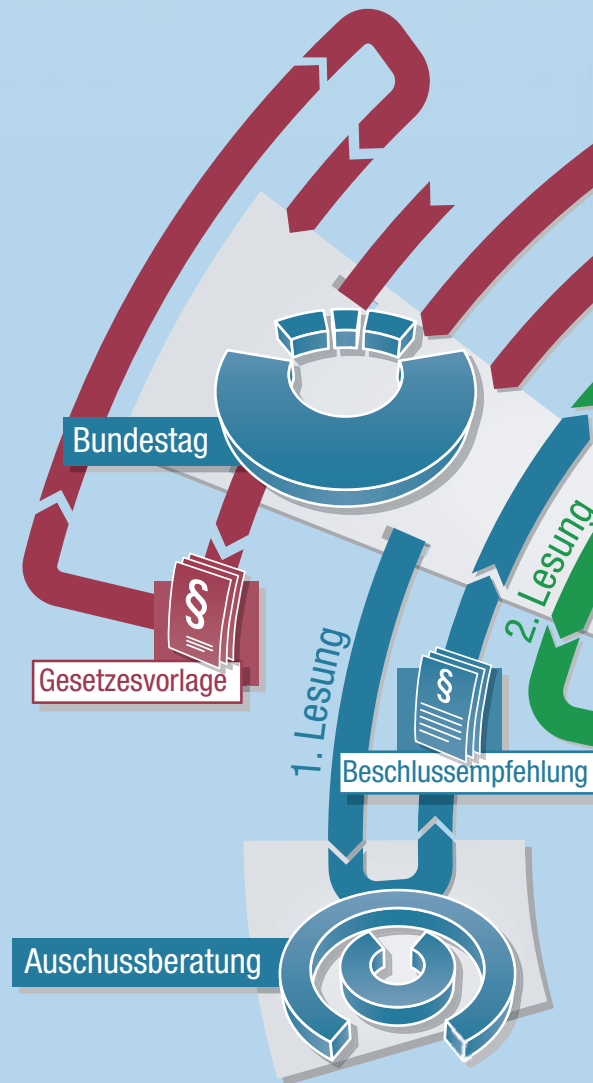
Eine **Gesetzesinitiative aus den Reihen des Bundestages** kann von einer Bundestagsfraktion oder mindestens fünf Prozent aller Abgeordneten des Bundestages eingebracht werden. Davon macht vor allem die Opposition Gebrauch. Diese Initiativen haben in der Regel geringe Chancen, angenommen zu werden, und dienen vor allem der Kommunikation politischer Forderungen.

Ein von einem **Ministerium erarbeiteter Gesetzentwurf** geht nach Billigung durch das Kabinett und einer Stellungnahme des Bundesrats in die sogenannte erste Lesung im Bundestagsplenum. Anschließend beschäftigen sich die Ausschüsse des Bundestages mit dem Entwurf und verändern ihn gegebenenfalls. Danach kann die Opposition in der zweiten Lesung noch einmal Änderungsanträge einbringen. Nach der zweiten Lesung schließt sich oft direkt die dritte Lesung an, in der das Gesetz abschließend angenommen oder abgelehnt wird.

Sind von einem Gesetz die Finanzen oder die Verwaltungsstruktur der Bundesländer betroffen, muss auch der Bundesrat als Vertretung der Länder dem Gesetz zustimmen. Solche Gesetze werden **Zustimmungsgesetze** genannt. Der Bundesrat muss auch Gesetzen zustimmen, wenn diese eine Verfassungsänderung vorsehen oder von den Ländern auszuführen sind und somit einen Eingriff in deren Autonomie bedeuten. Die große Mehrheit aller vom Bundestag verabschiedeten Gesetze muss also durch den Bundesrat bestätigt werden.

Bei Konflikten zwischen Bundesrat und Bundestag wird der Vermittlungsausschuss angerufen. Dieser besteht zur Hälfte aus Mitgliedern des Bundestages und zur anderen Hälfte aus je einem*einer Vertreter*in jedes Bundeslandes – also aus 32 Mitgliedern. Ihr Auftrag besteht darin, eine Kompromisslösung zu finden, was in den meisten Fällen auch klappt. Dafür werden bestimmte Änderungen am Gesetzentwurf empfohlen.

Ist ein Gesetz nach Abschluss dieses Verfahrens verabschiedet, wird es zunächst vom* von der zuständigen Fachminister*in, dem* der Bundeskanzler*in unterschrieben und dann vom* von der Bundespräsidenten* Bundespräsidentin im Bundesgesetzblatt verkündet, also veröffentlicht. 🟢🟢







Malte Pahlke
Referent für Presse-
und Öffentlichkeitsarbeit
sowie Jugendpolitik
m.pahlke@kljb.org

WER KONTROLLIERT DIE BUNDESREGIERUNG?

Alle vier Jahre können volljährige Bürger*innen in der Bundesrepublik Deutschland einen neuen Bundestag wählen. Die Abgeordneten müssen dann eine Regierung bilden und eine*n Bundeskanzler*in wählen. Da es als ziemlich unwahrscheinlich gilt, dass eine Partei die absolute Mehrheit gewinnt, gibt es dann Koalitionsverhandlungen. Sind diese abgeschlossen und war die Regierungsbildung erfolgreich, kann man als Wähler*in erst mal nur noch hoffen, dass die Versprechen aus dem Wahlkampf dann auch eingelöst werden. Können Abgeordnete und ihre Fraktionen danach also eine ganze Legislaturperiode lang machen, was sie wollen? Zum Glück nicht. Denn neben der Wahl- und Gesetzgebungsfunktion des Parlaments ist die vielleicht wichtigste Aufgabe die Kontrollfunktion. Das Parlament überprüft also permanent die Regierung. Dafür stehen ganz unterschiedliche Instrumente zur Verfügung, manche davon stehen in jeder Sitzungswoche auf der Tagesordnung. Ein ganz klassisches Element der Regierungskontrolle sind die Anfragen. Die Parlamentarier*innen können sich über die Arbeit und Vorhaben der Regierung informieren und kritische Fragen stellen.

Anfragen

Die Kleine Anfrage wird sehr häufig an die Bundesregierung gestellt. In der letzten Legislaturperiode von 2013 bis 2017 waren es knapp 4.000 Kleine Anfragen. Eine Fraktion oder aber 5% der Mitglieder des Bundestages können diese Anfrage stellen und die Regierung soll innerhalb von zwei Wochen eine schriftliche Antwort verfassen. Für größere Anliegen kann auch eine Große Anfrage gestellt werden. Die Beantwortung dauert oft länger, dafür kann im Plenum über die Antwort der Regierung noch debattiert werden. In der Fragestunde kann jedes Mitglied des Bundestages bis zu zwei Fragen stellen und auch noch einmal nachfragen. Genügt die Zeit im Plenum nicht, wird die Antwort schriftlich gegeben. Im Anschluss an die Fragestunde kann es dann eine Aktuelle Stunde geben. In dieser recht spontanen Form der Debatte können Abgeordnete fünfminütige Reden beitragen. Die Aktuelle Stunde macht es möglich, dass sich Regierung und Abgeordnete über aktuelle und dringende Sachverhalte schnell austauschen können. Einzelnen Abgeordneten ist es außerdem möglich, bis zu vier Schriftliche Anfragen im Monat an die Regierung zu stellen. In der letzten Legislaturperiode zählte man gut 14.000 dieser Anfragen. Man kann sagen, dass das Instrument der Anfragen durchaus fleißig genutzt wird. Für uns Bürger*innen schaffen die Anfragen zudem Transparenz, da wir sie live im Stream verfolgen bzw. nachlesen können.

Untersuchungsausschüsse

Auf Antrag eines Viertels aller Abgeordneten kann das Parlament einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Selbst bei einer breiten Regierungskoalition reicht dafür also eine opponierende Minderheit. Werden Missstände in der Arbeit der Regierung vermutet, soll ein Untersuchungsausschuss den Sachverhalt aufklären. Die Themen können ganz unterschiedlicher Natur sein. Es gab einen Untersuchungsausschuss zur Parteispendenaffäre in der Regierung Kohl, genauso wie zur Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU), zum Abgas-Skandal, zur PKW-Maut oder auch zum Wirecard-Skandal. Inwiefern Untersuchungsausschüsse Missstände oder gar Fehlverhalten der Bundesregierung aufdecken, variiert sicherlich stark von Fall zu Fall. Seit 1949 gab es über 60 Untersuchungsausschüsse.

Konstruktives Misstrauensvotum

Ein seltenes aber durchaus folgenschweres Instrument ist das Konstruktive Misstrauensvotum. Dabei kann das Parlament mit einem Viertel aller Abgeordneten dem*der Bundeskanzler*in das Misstrauen aussprechen und gleichzeitig eine*n Nachfolger*in einsetzen. Dafür braucht es Unterstützung von mindestens der Hälfte der Bundestagsmitglieder. In der Bundesrepublik Deutschland erfolgte das Misstrauensvotum bisher zweimal. Beim einzigen erfolgreichen Misstrauensvotum wurde Helmut Schmidt (SPD) im Oktober 1982 durch Helmut Kohl (CDU) ersetzt.

Es lässt sich also sagen, dass unsere Bundesregierung durch- aus stetiger Kontrolle untersteht. In der öffentlichen Wahrnehmung ist die Debatte vielleicht das zentrale Element unseres Parlaments. Die Bedeutung seiner Kontrollinstrumente sollte man allerdings nicht unterschätzen. Um einzuschätzen, welche Folgen das Fehlen von Kontrollfunktionen haben kann, muss man weder historisch noch geographisch weit gehen. Eine Entmachtung der Parlamente wie beispielsweise in Polen oder Ungarn ist jedenfalls höchst alarmierend. 🟡

Ein Tipp für teils interessante, span- nende und manchmal auch unter- haltssame Lektüre: Die Anfragen der Abgeordneten oder Fraktionen sowie die Antworten der Bundesregierung können alle online abgerufen werden.





Foto: soerenpinsdorf.de



Friederike Schier
ist Vorstandsvorsitzende
von Volt Deutschland
friederike.schier@volteuropa.org

VOLT – POLITIK ZUM MITMACHEN ÜBER GRENZEN HINWEG

Deutschland und Europa stehen an einem Scheideweg. Nie war es wichtiger als heute, die zentralen Herausforderungen der Zeit beherzt anzupacken – von der Klimakrise über digitale Transformation bis hin zu Bekämpfung sozialer Ungleichheit. Darüber sind sich (fast) alle einig. Doch wie schaffen wir es, unsere Zukunft positiv zu gestalten? Volt meint: Das geht nur gemeinsam, indem wir Bürger*innen befähigen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Was ist Volt?

Volt ist die erste gesamteuropäische Bewegungspartei, die 2017 als Reaktion auf den erstarkenden Nationalismus und Populismus gegründet wurde. Drei junge Europäer*innen sehnten sich danach, dass Politik nahbarer wird, und entwickelten gemeinsam mit hunderten Freiwilligen eine progressive Kraft aus dem Herzen Europas heraus. Wir glauben, dass nationale Parteien an ihre Grenzen stoßen. Deshalb sind wir die erste paneuropäische Partei – d.h. eine Partei, die in vielen verschiedenen Ländern Europas mit denselben Zielen und Werten zur Wahl antritt. Heute ist Volt in 29 europäischen Ländern vertreten und stößt bereits an vielen Stellen positiven Wandel an: sowohl durch Bürger*inneninitiativen als auch in Parlamenten mit Delegierten auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Volt zeichnet aus, dass wir in unserem Denken und Handeln eine europäische Perspektive einnehmen, lösungsorientierte Vorschläge machen und für eine sozial gerechte Gesellschaft eintreten, in der grüne Chancen ergriffen werden.

Bewegung und Partei – wie geht das?

Heute politisieren sich junge Menschen immer mehr und stehen für ihre Ziele ein. Nichts zeigt das eindrücklicher als die Fridays for Future-Bewegung, die global für die Bekämpfung der Klimakrise einsteht. Junge Menschen üben damit Druck auf die Politiker*innen aus und zeigen, dass sich transformatives politisches Handeln auch – oder vor allem? – außerhalb der Parlamente abspielt. Volts „Way of Doing Politics“ möchte beides zusammenbringen und politischen Wandel sowohl auf die Straße als auch in politische Gremien tragen. Viele Parteien in Deutschland tendieren dazu, ihre Pläne an vierjährigen Legislaturperioden auszurichten, und vernachlässigen dabei, Politik an langfristigen und nachhaltigen Zielen auszurichten.

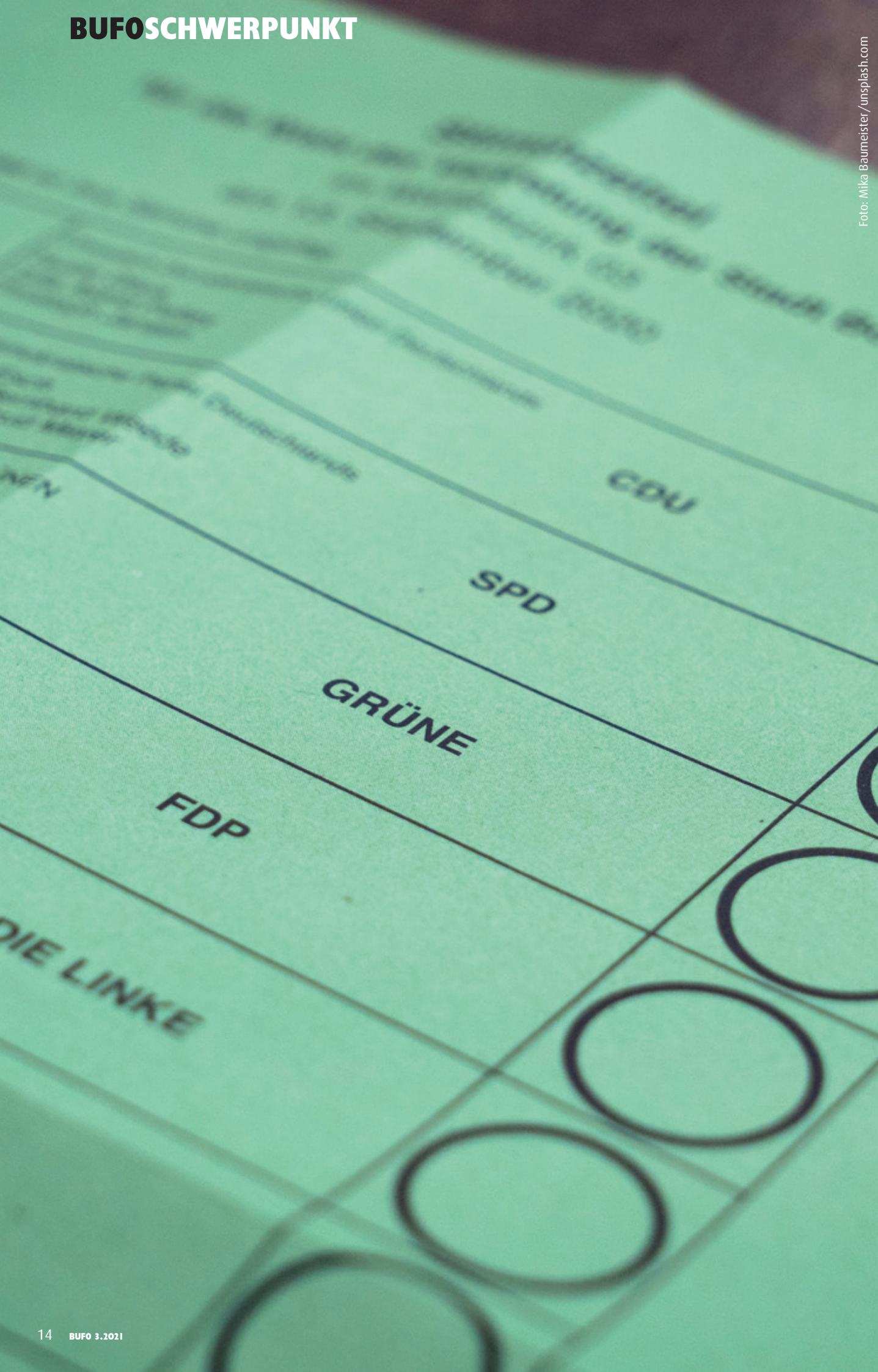
Wie das geändert werden kann? Durch Strukturen, die mehr Stimmen hörbar machen und Menschen dafür begei-

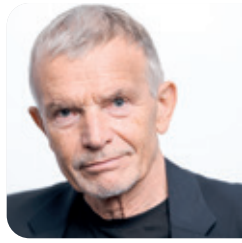
stern, sich zu beteiligen. Denn unsere Demokratie ist nur stark, wenn alle Menschen darin bestärkt werden, sich für ihre Herzenthemen einzusetzen. Bei Volt nennen wir das „Community Organizing“: Wir unterstützen unsere Freiwilligen dabei, ihre Fähigkeiten und Interessen einzubringen, indem wir sie miteinander vernetzen und Know-how weitergeben. So haben einige Mitglieder die Initiative „Europe cares“ ins Leben gerufen, um Sachspenden für die Geflüchtetenlager an den europäischen Außengrenzen zu sammeln. Die Aktion war ein voller Erfolg und knapp 800 Paletten konnten auf die griechischen Inseln versandt werden. Andere wiederum organisieren Clean-Ups in heimischen Parkanlagen und kommen mit den Anwohner*innen über lokale Themen ins Gespräch. Diese Listening Tours helfen uns, zu verstehen, wo der Schuh drückt und was die Menschen vor Ort bewegt.

Wir denken wie eine Partei und handeln wie eine Bewegung

Nichtsdestotrotz reicht es nicht, Ideen zu sammeln und Demos zu organisieren. Denn die endgültigen Entscheidungen finden in Parlamenten und Gremien statt – deswegen ist Volt nicht nur eine Bewegung, sondern auch eine Partei. Bei unseren Inhalten und Forderungen orientieren wir uns an dem Rahmen, den wir uns auf der europäischen Ebene der Bewegung gesetzt haben. Mit über 170 Freiwilligen haben wir darauf aufbauend ein detailliertes Programm für die Bundestagswahl erarbeitet, das sich durch einen evidenzbasierten und pragmatischen Stil auszeichnet. Das heißt, dass wir uns an bereits bekannten, internationalen Erfolgsmodellen orientieren und lösungsorientierte Forderungen formulieren. Was kann Stuttgart von Kopenhagen in Sachen Mobilitätswende lernen? Was kann sich Berlin vom sozialen Wohnungsbau in Wien abgucken? Und wie kann ein Blick in die Niederlande klimaneutrales Bauen in Deutschland ermöglichen? Volts programmatische Forderungen sind eingebettet in unsere Grundwerte; Solidarität, Freiheit, Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde.

Die Bundestagswahl steht vor der Tür und wir bei Volt stehen in den Startlöchern – denn wir wollen in den Bundestag! Wir sind überzeugt, dass deutsche Politik eine grundlegend europäische Ausrichtung braucht. Denn unsere Zukunft wird in Europa gemacht. In einem Neuen Europa, das fünf Stärken hat: eine selbstbestimmte Digitalisierung, eine klimaschützende Wirtschaft, einen Neustart im Bildungssystem, eine vereinte Gesellschaft und eine Europäische Republik. 🇪🇺





ARGUMENTE FÜR DIE ABSENKUNG DES WAHLALTERS

Der Rhythmus des Lebenslaufs hat sich in allen hochentwickelten Ländern in den letzten fünfzig Jahren spürbar verändert. Die Pubertät tritt heute so früh wie noch nie in der menschlichen Lebensgeschichte ein. Sie liegt im Durchschnitt bei etwa 11,5 Jahren bei Mädchen und 12,5 bei Jungen. Mit der frühen Geschlechtsreife ist eine gegenüber früheren Generationen eintretende Beschleunigung der körperlichen, psychischen, intellektuellen und sozialen Entwicklung verbunden. Entsprechend früh im Lebenslauf sehen sich die Jugendlichen den alterstypischen Entwicklungsaufgaben ausgesetzt: Sie lösen sich nach dem Eintreten der Pubertät von den Eltern und bauen schrittweise einen eigenen Lebensstil auf; sie orientieren sich an den Gleichaltrigen und treten in Freundschafts- und Liebesbeziehungen ein; sie übernehmen Verantwortung für ihre Schullaufbahn und die berufliche Qualifikation; sie werden zu aktiven Konsument*innen und Wirtschaftsbürger*innen, die mit Geld ebenso wie mit Medien umgehen können; sie bauen eine eigene Wertorientierung auf und engagieren sich im sozialen und politischen Bereich.

Im Alltag haben sich die Spielräume für die Gestaltung des Jugendlebens schon seit längerer Zeit unmerklich auf die veränderten Bedingungen umgestellt: Eltern geben ihren jugendlich gewordenen Kindern große Freiheiten; erotische und sexuelle Kontakte werden von vielen schon vom fünfzehnten Lebensjahr an aufgenommen; im Freizeit- und Medienbereich sind Jugendliche heute in der Regel die Altersgruppen mit dem souveränsten und kompetentesten Umgang mit digitalen Geräten und Plattformen; praktisch jede*r 13-Jährige hat schon sein eigenes Bankkonto; in Glaubens- und Religionsfragen sind Jugendliche selbstständig und erreichen mit 14 Jahren die rechtlich verankerte Religionsmündigkeit; ab 14 Jahren sind sie strafmündig; in Schule, Verein und Nachbarschaft setzt bei vielen sehr früh ein soziales Engagement ein.

Ausgerechnet der Bereich der Politik aber tut sich schwer mit dieser Vorverlagerung der Entwicklungsprozesse im Lebenslauf. Jugendliche dürfen privat wie Erwachsene leben, die entsprechende Verantwortlichkeit wird von ihnen fest erwartet, aber politisch werden sie wie unreife Menschen behandelt, denen der Status eines*einer Bürger*in

vorenthalten wird. Dabei zeigen alle Untersuchungen, dass entscheidende Trends in Einstellungen und Meinungen zu politischen Fragen von Jugendlichen ausgehen (wie zuletzt die Bewegung Fridays for Future demonstriert hat) und auch Veränderungen von Parteipräferenzen am frühesten erkannt werden können, wenn die Position der Jugendlichen beachtet wird.

Bedenkt man alle diese Hintergründe, dann ist es ein Anachronismus, das Wahlalter auf 18 Jahre festzulegen. Weil sich die Lebenslage der jungen Leute so deutlich geändert hat, ist ein Umdenken nötig. Schließen wir die unter 18-jährigen wie bisher sowohl vom aktiven als auch vom passiven Wahlrecht aus, dann sind die politischen Akteur*innen in Parlamenten und Regierungen nicht verpflichtet, diesen Teil der Bevölkerung zu repräsentieren, und die politisch durchaus informierten und interessierten Jugendlichen sind von einem entscheidenden Mechanismus der politischen Willensbildung ausgeschlossen.

Jugendstudien zeigen, dass mit zwölf Jahren die soziale Urteilsfähigkeit so weit ausgeprägt ist, dass ein junger Mann oder eine junge Frau weiß, worum es bei einem Wahlvorgang geht. Die kognitive Entwicklungsforschung zeigt, dass in der Altersspanne zwischen zwölf und 14 Jahren bei fast allen Jugendlichen ein intellektueller Entwicklungsschub stattfindet, der sie dazu befähigt, abstrakt, hypothetisch und logisch zu denken. Es spricht deshalb alles dafür, das Wahlalter auf 14 oder sogar auf zwölf Jahre abzusenken. Würden Jugendliche unter 18 Jahren sich in die Wahlentscheidung einschalten können, dann bekämen die Themen Umweltschutz, Kriegsvermeidung, Förderung der Entwicklungsländer, Gesundheitsförderung, Einkommensungleichheit, Armutsvermeidung und Abbau der Arbeitslosigkeit ein weitaus größeres Gewicht als heute. Durch die überstarke Repräsentanz von Älteren bei Wahlen wird heute ein wichtiges Prinzip des Generationsvertrag verletzt, denn es werden im demokratischen Meinungsbildungsprozess nur diejenigen Interessen gefördert, die im Zukunftshorizont der älteren Bevölkerung liegen. Das kann langfristig dazu führen, dass wirklich zukunftsorientierte Themen zu kurz kommen. ❄️

LOBBYISMUS: MÄCHTIGE KLIMABREMSE-ALLIANZEN VERWÄSSERN DEN KLIMASCHUTZ



Die Klimabremser-Allianzen aus Wirtschaft und Politik haben die Klimakrise viel zu lange verharmlost und wirksame Klimaschutzmaßnahmen verzögert, verwässert und blockiert. Zu diesen Allianzen zählen mächtige fossile Konzerne, die ihre ökonomische Macht auch politisch nutzen. Ihre Strategien: Seitenwechsler als Lobbyist*innen einstellen, vermeintliche Bürgerinitiativen gründen oder Klimastudien für die bundeseigenen Deutschen Energieagentur (DENA) sponsern.

Diese Unternehmen und ihre Verbände sind eng mit der Politik und Parteien verflochten. Ein besonders krasses Beispiel ist der „Wirtschaftsrat der CDU“. Anders als sein Name suggeriert ist der Wirtschaftsrat kein Parteigremium, sondern ein parteiunabhängiger Lobbyverband, der u.a. die Interessen fossiler Großkonzerne vertritt. Er pflegt besonders enge Verbindungen zur CDU, bei der er sogar als Dauergast im Parteivorstand sitzt. Und immer wieder tritt er als Bremser in Sachen Klimaschutz auf: sei es bei den EU-Klimazielen, der Energiewende oder dem Fortbestand des Verbrennungsmotors.

Weiteres Beispiel für Verflechtungen zwischen fossilen Unternehmen und Politik: der Gaslobbyverband „Zukunft Gas“. Hier sitzen mehrere Politiker*innen im Beirat, der Verband kooperiert eng mit der bundeseigenen Energieagentur DENA, jährlich übernehmen wechselnde Bundesminister*innen die Schirmherrschaft über ihr brancheninternes Großevent „Innovationspreis der Gaswirtschaft“.

Neben diesen strukturellen Verflechtungen zeichnen sich auch einzelne Politiker*innen als Klimabremser aus – etwa indem sie eine besondere Nähe zu Netzwerken der fossilen Lobby pflegen und so deren Interessen und Forderungen in Parlamente und Ministerien tragen. Dazu zählen zum Beispiel Thomas Bareiß oder Joachim Pfeiffer und deren (frühere) Nebentätigkeiten in der Energiewirtschaft. Thomas Bareiß war beispielsweise jahrelang Mitglied im Beirat von Zukunft Gas, Joachim Pfeiffer hat Funktionen in mehreren Lobbyverbänden, die gegen die Energiewende lobbyieren. Er hat außerdem Beratungsfirmen, über deren Auftraggeber er keine Auskunft geben will.



Christina Deckwirth

ist promovierte Politikwissenschaftlerin und arbeitet als Campaignerin für Lobbyismus und Klima bei der Nichtregierungsorganisation LobbyControl in Berlin.



Fotos: Christian Mang/LobbyControl

Zum Weiterlesen:

LobbyControl Schwerpunkt Klima
(alle Recherchen und Aktionen zum
Thema Klima und Lobbyismus)



Außerdem erhält die fossile Lobby privilegierte Zugänge in die Politik: Beim regelmäßigen Autogipfel verhandelt die Bundesregierung mit der Autolobby über die zukünftige Verkehrspolitik. Umweltverbände oder Klimawissenschaftler*innen sind nicht geladen. Verhandlungsergebnisse sind dann zum Beispiel satte Kaufprämien für die Autoindustrie – diejenigen, die etwas dagegen haben könnten, sitzen schließlich nicht mit am Tisch.

Ähnlich einseitige Runden gibt es auch für die Gas-Lobby: Am „Dialogprozess Gas 2030“ beteiligte Altmaiers Wirtschaftsministerium zunächst nur Unternehmen, Umweltverbände blieben außen vor und wurden kaum gehört. Stattdessen stützt sich der Abschlussbericht auf eine Studie, die vom russischen Gaskonzern Gazprom finanziert wurde. Die Schlussfolgerung, dass die Gasinfrastruktur weiter ausgebaut werden soll, überrascht so nur wenig.

Eine weitere Lobbystrategie fossiler Konzerne ist das gezielte diffamierende Framing von Klimaschutz als „Verbotspolitik“. Sie wiegeln die Verantwortung der Konzerne ab, indem sie unbeliebte Forderungen nach Verzicht des Einzelnen

in den Vordergrund rücken. Mit dem Credo Markt statt Staat legitimieren sie außerdem die Lobbyarbeit und privilegierten Zugänge privater Akteur*innen in die Politik. Die arbeitgeberfinanzierte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) beispielsweise schaltet eine millionenschwere Anzeigenreihe in großen Tageszeitung, um der Grünen-Kandidatin Verbotspolitik vorzuwerfen – mit teils falschen Aussagen.

Die Klimabremser-Allianzen sind mächtig und einflussreich. Aber sie haben auch ein Gegenüber mit breiter öffentlicher Unterstützung: eine Klimabewegung, die mit ihren Protesten immer sichtbarer wird. Das zeigt: Protest ist wichtig und lohnt sich. Um die Klimabremser-Allianzen zwischen Politik und fossiler Lobby aufzubrechen, fordern wir von der nächsten Bundesregierung: 1) Transparenz und Schranken für Lobbyismus, 2) neue ethische Normen, damit es ausreichend Abstand zwischen fossiler Lobby und Politik gibt, 3) breite, ausgewogene und innovative Beteiligungsformate und schließlich 4) eine Einhegung der Macht großer Konzerne.🌱

KLJB-Umfrage

SOLLTEN JUNGE MENSCHEN SCHON AB 14 JAHREN WÄHLEN DÜRFEN ?



„Der Jugend eine Stimme geben“ heißt es so schön - und da muss ich mich anschließen, schließlich geht es um unsere Zukunft. Je früher man die Jugend einbindet, desto besser kann sie ihre eigene Meinung entwickeln. Vor allem „Fridays for future“, aber auch Projekte wie z.B. „Hitzefrei“ der KLJB Bayern weisen darauf hin, wie wichtig der Jugend der Umweltschutz, der Klimawandel und andere Themen sind. Darauf liegt aktuell kaum der Fokus, obwohl jetzt gehandelt werden muss, da es sonst der nächsten Generation zur Last fällt.

Senken wir das Wahlalter, dann nur, wenn wir Jugendlichen früh genug in der Schule damit ausführlich in Berührung kommen können. Dass das politische Engagement Jugendlicher in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist, ist längst kein Geheimnis mehr. Schon seit 1990 wird diskutiert, ob man das Wahlalter senken soll oder nicht. In verschiedenen Bundesländern dürfen 16-jährige bereits bei der Landtags- und Kommunalwahl wählen – warum dann nicht auch bei der Bundestagswahl und in allen Bundesländern? 🌱

CHRISTIANE HIEBL
MITGLIED DER KLJB MÜNCHEN UND FREISING



Ich halte ein einheitliches Wahlalter ab 16 Jahren für richtig und sinnvoll. Gerade in Zeiten von zunehmendem Misstrauen in Politik und Demokratie ist es wichtig Jugendliche an die demokratischen Prozesse heranzuführen und sie aktiv mitgestalten zu lassen.

Bewegungen wie die Fridays-For-Future Demonstrationen zeigen uns, dass Jugendliche dies auch können und wollen, weil sie zum einem politisch gebildet sind und eine eigene Meinung haben und zum anderen selber politische Entscheidungen mitbeeinflussen wollen.

Außerdem müssen die jüngeren Generationen besser gehört werden. Die älterwerdende Gesellschaft sorgt dafür, dass der Anteil der jungen Wähler*innen immer geringer wird. Wie soll Politik eine lebenswerte Zukunft schaffen, wenn sie nur von den älteren Generationen gelenkt wird?

Das Wahlalter ab 16 ist für mich ein wichtiger Schritt uns jungen Generationen eine politische Stimme zu geben, um die eigene Zukunft nachhaltig und gerecht zu gestalten. 🌱

JAKOB HEIMIG
MITGLIED DER KLJB BERGHEIM-MÜLLEKOVEN



Ich bin der Meinung, dass 16 Jahre ein gutes Wahlalter ist. Es gibt allgemein eine sehr geringe Wahlbeteiligung und gerade in der Schule lernt man, wie Politik funktioniert, und hat die ersten Berührungspunkte mit ihr. Daher ist man in dem Alter auch sehr darin interessiert, etwas zu verändern und so an der Wahl teilzunehmen.

Somit würde sich auch das Problem, das wir haben, verringern, dass die Älteren unsere Politik machen.

Ich hatte meinen ersten Politikunterricht mit 16, da passt es gut, wenn 16- und 17-jährige eine Wahlberechtigung bei z.B. Bundestagswahlen bekommen. Eine Wahlberechtigung ab 14 Jahre ist mir zu früh, weil, wenn ich an mich selbst denke, ich damals noch sehr unreif gewesen bin und keine Ahnung von Politik hatte. Gerade durch die beginnende Pubertät kann es dann schnell passieren, dass eine Wahl nicht unbedingt ernst genommen wird und aus Spaß etwas gewählt wird, was schlimme Konsequenzen tragen kann. 🌱

KIA KUSCHEL
DIÖZESANVERBAND BERLIN



Sollte das Wahlalter wirklich, gesenkt werden? – für mich ein klares Ja. Warum denn eigentlich nicht? Man soll in jungen Jahren in der Lage sein, um über Ausbildung, Studium und das weitere Leben zu entscheiden, aber nicht welche Partei man wählen möchte – Das ist doch absurd. Selbst die Kirche geht seit Jahren mit sehr gutem Beispiel voran, dort darf man meist sogar ab 14 seinen Pfarrgemeinderat wählen. Doch den Bürgermeister, den darf man nicht wählen, man ist ja schließlich zu unerfahren und zu jung um sich für Politik zu interessieren. Unzähligen Demonstrationen oder auch Jugendorganisationen der ganzen Welt, müssten den älteren Generationen zu denken geben. Es ist längst nicht mehr so, dass 16-jährige keine Verantwortung übernehmen wollen oder gar können. Ein klares Signal ist das Engagement, welches sie für die Umwelt beziehungsweise für ihre Zukunft zeigen. Jugendliche interessieren sich für Politik, gar keine Frage, aber was bringt ihnen das, wenn man ihnen keine Stimme gibt. Auch sie möchten auf Augenhöhe mit „denen da Oben“ sprechen können. Damit sie auch nur einen Hauch einer Chance haben, um etwas ändern zu können, muss es ein Wahlrecht ab 16 geben. – Ein klares JA zum Wahlrecht ab 16 #wirbewegendasland 🍀

MICHAEL WOLF
MITGLIED DER KJJB-NITTENAU



Kinder und Jugendliche gestalten aktiv ihre Welt und ihren Lebensraum mit. Deswegen sollten sie mindestens ab 14 Jahren (oder auch früher) die Möglichkeit haben, ihr höchstpersönliches aktives Wahlrecht für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen wahrzunehmen. Das Senken des Wahlalters muss einhergehen mit dem Ausbau schulischer wie auch außerschulischer politischer Bildungsangebote. Gerade die Sinus-Jugendstudie 2020 zeigt, dass die Welt der Politik bei vielen Jugendlichen abgekoppelt von ihrer Lebenswirklichkeit zu sein scheint und Abwehr und Langeweile sowie Ohnmacht und Empörung auslöst. Politik muss früher in der Lebenswirklichkeit Junger Menschen ankommen! Und das heißt auch, sie aktiv an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Junge Menschen werden zu wenig gehört, das haben wir im letzten anderthalb Jahr noch deutlicher erfahren, müssen aber jetzt und in Zukunft die Folgen politischer Entscheidungen tragen. Gerade junge Menschen gewichten Themen häufig anders als andere Generationen. Wichtige Themen für Jugendliche sind neben der Klimakrise, die Frage nach Krieg vs. Frieden und Gleichberechtigung der Geschlechter. Ein Wahlrecht ab 14 Jahren wäre ein wichtiger Schritt hin zu einer jugendgerechten Politik! 🍀

DANIELA HOTTENBACHER
BDKJ BUNDESVORSITZENDE



Nie habe ich mich mehr für Politik interessiert als heute. Beim Absinken des Wahlalters auf 14 oder 16 wird oft mit der nicht vorhandenen Reife und nicht ausreichender politischer Bildung von Jugendlichen argumentiert. Aber die politische Bildung bei den Wahlberechtigten über 18 Jahren wird auch nicht überprüft und stellt auch kein Ausschlusskriterium für die übrige Bevölkerung dar. Ebenso wenig kann man sich sicher sein, dass Jugendliche in Zeiten wie diesen, wo der Klimawandel immer mehr Staaten der Erde vor große Herausforderungen stellt, nicht doch mitreden wollen, um ihre Zukunft zu sichern. Auch wäre es unserer Generation gegenüber nur gerechtfertigt uns mit wählen lassen zu dürfen, da unsere Generation mit Abstand am längsten unter den Folgen des Klimawandels leiden muss und auch unsere Zukunft dadurch geradewegs ungewiss ist.

Abschließend muss ich also sagen. Es ist höchste Zeit, diesen Vorschlag wahr werden zu lassen und auch Jugendlichen, wie mir, die Chance zu geben, sich an der Zukunft dieses Landes zu beteiligen. 🍀

JOSHUA GÜTH
MITGLIED DER KJJB PADERBORN



EINE WELT. KEINE SKLAVEREI.

Offiziell ist die Sklaverei bereits seit mehr als 150 Jahren weltweit abgeschafft – doch das gilt nur auf dem Papier. Die internationale Arbeitsorganisation ILO schätzt, dass mehr als 40 Millionen Menschen weltweit Opfer moderner Sklaverei sind. In Asiens Textilfabriken, auf den Plantagen in Afrika und an vielen Orten, an denen Produkte für den westlichen Konsum und den Welthandel produziert werden, arbeiten Menschen unter katastrophalen und sklavereiähnlichen Bedingungen.

Moderne Sklaverei – Was heißt das eigentlich?

Zwangsarbeit, Menschenhandel, Zwangsprostitution, Arbeitsausbeutung, Schuldknechtschaft und Versklavung von Kindern – moderne Sklaverei hat viele Gesichter. 70 Prozent der Betroffenen sind Frauen und Mädchen. Sie werden besonders oft Opfer sexueller Ausbeutung, Zwangsarbeit und erzwungenen Eheschließungen.

Weltweit müssen nach Schätzungen von UN-Expert*innen über 25 Millionen Menschen Zwangsarbeit verrichten. Jedes vierte Opfer moderner Sklaverei ist noch ein Kind. Jungen und Mädchen werden zu Kindersoldaten ausgebildet oder auf Kakaoplantagen ausgebeutet, Frauen und Männer müssen für Rebellen in Minen nach Gold schürfen oder schuften für einen Hungerlohn unter lebensgefährlichen Bedingungen in Fabriken für den Weltmarkt.

Die Sklaverei der heutigen Zeit ist geprägt durch einen globalen Teufelskreis aus Ausbeutung, Unfreiheit und Verletzung der Menschenwürde. Zwar wurde der rechtliche Besitz an einem anderen Menschen abgeschafft, doch ist es für die Betroffenen heute oft nicht möglich, sich aus eigener Kraft aus den Strukturen der Sklaverei zu befreien. Dies kann viele Gründe haben, wie zum Beispiel Zwang, Gewalt, wirtschaftliche Not oder Abhängigkeitsverhältnisse.

Globale Ausbeutung: Wo gibt es heute noch Sklaverei?

Es gibt viele Gründe, weshalb Menschen ausgebeutet und missbraucht werden: Armut, politische Instabilität und mangelnde Bildung zählen zu den häufigsten Ursachen moderner Sklaverei. Besonders gefährdet sind Menschen in akuten Notlagen. Familien, die auf der Flucht oder in extremer Armut leben, fehlt meist jede Perspektive für die Zukunft. In ihrem täglichen Kampf um den Lebensunterhalt erliegen sie ausbeuterischen Arbeitsbedingungen und moderner Sklaverei.

Auch der Lebensstil der Menschen in Industrieländern beeinflusst die schlechten Arbeitsbedingungen. Löhne unterhalb des Existenzminimums, gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit ermöglichen Dumpingpreise für unseren Konsum. Besonders gefährdet sind Frauen und Männer fernab ihrer Heimat, da sie ihren Arbeitgebern oft ausgeliefert sind. Der Bau der WM-Stadien in Katar kostete tausende Wanderarbeiter das Leben. Und auch in Deutschland bereichern sich Menschenhändler an Zwangsarbeit und sexueller Ausbeutung.

Die Folge: Den Preis für unfaire Lieferketten und gedankenlosen Konsum zahlen Menschen in Not mit ihrer Gesundheit und ihrer Würde. ❧

SCHUTZENGEHPETITION

Die perfideste Form der Sklaverei ist die sexuelle Ausbeutung Minderjähriger im Internet. Vor laufender Kamera müssen Mädchen und Jungen aus armen Familien, zum Beispiel von den Philippinen, die Wünsche der Täter aus Deutschland und anderen westlichen Ländern erfüllen. missio fordert die Bundesregierung auf, eine klare Priorität für den Kinderschutz zu setzen. Hier könnt ihr die Petition unterzeichnen:

→ <https://aktion.missio-hilft.de/petition-schutzengel>



Wenn Sie Kleidung tragen, Nahrung zu sich nehmen, ein Auto fahren oder ein Smartphone haben, arbeiten derzeit ungefähr 60 Sklaven für Sie.

Prof. Evi Hartmann, Wirtschaftswissenschaftlerin



**HANDYS SPENDEN –
GUTES TUN**

MEIN ALTES HANDY GEGEN MODERNE SKLAVEREI

Die Rohstoffgewinnung für Smartphones ist weiterhin ein Problem. Zwangsarbeit, Ausbeutung und gefährliche Arbeit sind in den Minen Alltag, besonders in durch Bürgerkriege geplagten Regionen. Mit der Handysammelaktion werden Handys und deren Rohstoffe recycelt, die Umwelt geschont und Projekte gegen Sklaverei unterstützt.

Ihr möchtet mit eurer Ortsgruppe alte Handys sammeln und am Gewinnspiel teilnehmen? missio und die KLJB stellen euch Plakate, Hintergrundinformationen, Versandtüten und eine Sammelbox, die an einem öffentlichen Ort aufgestellt werden kann, zur Verfügung. Meldet euch dafür bei Simon Rempe – Referent für Internationale Entwicklung: s.rempo@kljb.org

Mehr Informationen zur Handysammelaktion:
→ <https://www.missio-hilft.de/mitmachen/aktion-schutzensengel/handys-spenden/>



Die produzierten Videos wurden in wöchentlichen Abständen über die Seiten der KLJB Osnabrück bei YouTube, Facebook und Instagram veröffentlicht.



VERANTWORTJUNG

Politik braucht junge Leute

Unter dem Motto „VerantwortJung“ veranstaltet die KLJB Osnabrück aktuell eine Kampagne zur Kommunalwahl in Niedersachsen, die am 12. September stattfindet. Die Idee für die Kampagne ist in der Arbeitsgemeinschaft Politik und Gesellschaft (AG PuG) entstanden. Die Landjugendlichen, die in der AG aktiv sind, wollen junge Menschen motivieren, selbst für die Wahl zu kandidieren und sich für ein politisches Mandat aufstellen zu lassen. Sie haben wahrgenommen, dass die Entscheidungsträger*innen in der Politik immer älter werden, es aber in den Landjugendgruppen viele Ehrenamtliche gibt, die sehr engagiert sind und sehr gute Arbeit machen. Für eine gute ländliche Entwicklung ist nämlich sowohl die Zivilgesellschaft, wie Gruppen der Landjugend, als auch die Politik von großer Bedeutung. Deshalb sollten junge Menschen sich überall einmischen und einbringen.

Gestartet ist die Kampagne im letzten Jahr mit einer Videoreihe. Dabei wurden aktive, junge Politiker*innen bspw. mit Vorurteilen konfrontiert und haben sich dazu positioniert. Außerdem wurde über die kommunalpolitische Arbeit informiert und zum Beispiel erklärt, was Ausschüsse sind. Die Videos wurden dann in wöchentlichen Abständen über die Seiten der KLJB Osnabrück bei YouTube, Facebook und Instagram veröffentlicht. Neben den Videos fand Anfang Mai ein Livestream statt, der über YouTube gestreamt wurde und

bei dem die Teilnehmer*innen von Zuhause Fragen an drei junge Politiker*innen stellen konnten. Dabei ging es nicht um Wahlkampf der einzelnen Parteien, sondern um Aufklärung und Motivation über demokratische Parteigrenzen hinweg.

Das konkrete Ziel der AG: 30 junge Leute unter 30 Jahren finden, die für ein (kommunal-)politisches Mandat kandidieren. Diese sollen dann vernetzt, geschult und unterstützt werden. Dazu fand Ende Juni ein erstes Treffen statt, bei dem sich die jungen Kandidat*innen das erste Mal kennenlernen konnten. Außerdem gab es bei dem Treffen verschiedene Workshops zu den Themen Öffentlichkeitsarbeit, Rhetorik, Wahlkampf und Dorfentwicklung.

Nach der Wahl soll es dann jährliche Treffen der jungen Kandidat*innen geben, bei denen diese sich über die Arbeit und die Herausforderungen in der Kommunalpolitik austauschen können. Als weitere Aktion hat die Arbeitsgemeinschaft Getränke- deckel drucken lassen, auf denen Vorurteile gegenüber Politiker*innen stehen. Mit einem QR-Code, der sich ebenfalls auf den Deckeln befindet, wird man dann direkt zu dem YouTube Video der Kampagne geleitet, in dem sich die jungen Politiker*innen zum entsprechenden Vorurteil geäußert haben. 🍷

DOMINIK ECHELMAYER
JUGENDBILDUNGSREFERENT KLJB OSNABRÜCK

Die Idee der Kamapagne entstand in der Arbeitsgemeinschaft Politik und Gesellschaft (AG PuG).



KLJB-Bundesvorsitzender Jannis Fughe mit einigen Teilnehmenden der Generalversammlung vor Ort.



OGA MIJARC EUROPE

Vom 16.–18. Juli 2021 war es wieder so weit: Die Generalversammlung der MIJARC Europe mit ihren 13 Mitgliedsorganisationen stand an – mit einer großen Besonderheit: Die Jahresthemen für die kommenden vier Jahre wurden festgelegt.

Wie bereits im letzten Jahr war eine internationale Veranstaltung in Präsenz leider nicht möglich. Gerne hätten wir uns alle in Frankreich getroffen und das Wochenende gemeinsam gestaltet. So haben sich einige der Delegationen, wie auch unsere KLJB-Delegation, dezentral getroffen und sich gemeinsam eingeschaltet und so die OGA gestaltet. Wir diskutierten über die Veranstaltungen des letzten Jahres und über die dazugehörigen International Youth Labs, die unter dem Projekt „Our Food, Our Future“ laufen. Folgend stellten die Kommissionen ihre Inhalte vor, die verschiedene Mitmachaktionen für das kommende Jahr geplant haben.

Im Vordergrund standen die Diskussionen über die Themen der kommenden Jahre und die Wahlen zum Europavorstand. Wir schauen schon sehr gespannt auf die kommenden Jahre, wo wir uns mit den Themen „Together Against Discrimination“,

„Our Vision for the Future of Europe“ und „Claiming Youth Rights“ auseinandersetzen dürfen.

Herzlich gratulieren dürfen wir Enya Putignano aus der Mitgliedsorganisation Innovative Youth aus Malta, die neues Mitglied im Europavorstand ist. Die anderen Mitglieder (Jannis – KLJB, Sophie – MRJC, Adeline – YMDRAB, Sara – Agenda 21) bleiben weiterhin Teil des Vorstands.

Bedanken möchten wir uns bei Armine Movsesyan für ihre Arbeit in der MIJARC. Ebenfalls verabschieden mussten wir uns von Florina Potîrniche, die leider zukünftig nicht mehr für die MIJARC arbeitet. Dankeschön, dass du uns immer geholfen hast und stets einen Witz bereit hattest.

Ein großer Dank geht auch an die diesjährige KLJB-Delegation Sophie, Justus und Sebb für ihr Engagement und die guten Diskussionen vor, während und nach der OGA. Danke, dass ihr dabei wart! 🍀

ISABEL RUTKOWSKI
DIÖZESANVORSITZENDE DER KLJB FREIBURG

Die Delegation der KLJB



Seit 2011 ist Jannis
passionierter KLJBler.

UNSER NEUER BUNDESVOR- SITZENDER JANNIS FUGHE STELLT SICH VOR

„Hallo liebe KLJBler*innen,

mein Name ist Jannis Fughe. Ich bin 28 Jahre alt und komme aus Mühlen im Oldenburger Münsterland. Vor meiner Wahl zum KLJB-Bundesvorsitzenden habe ich in Münster Germanistik, Theologie, Bildungswissenschaften und Deutsch als Fremd- und Zweitsprache studiert.

Zur KLJB bin ich durch mein Freiwilliges Soziales Jahr in der Diözesanstelle des DV Vechta gekommen. Vor meinem FSJ hatte ich noch gar keinen Kontakt zur KLJB, aber schon nach wenigen Wochen in unserem Landjugendbüro in Vechta habe ich gemerkt, was die KLJB für ein großartiger Jugendverband ist. In meinem FSJ habe ich so viele großartige engagierte Menschen kennenlernen und an so vielen tollen Projekten teilhaben dürfen, dass für mich anschließend feststand, dass ich unbedingt weiter aktiver Teil unseres Verbandes bleiben möchte. Aus diesem Grund habe ich mich dazu entschieden, für den KLJB Diözesanvorstand Vechta zu kandidieren, und war seit meiner Wahl 2012 bis Juni 2021 Diözesanvorsitzender.



Fast zehn Jahre warst du Diözesanvorsitzender in Vechta. Schaust du mit Wehmut zurück?

Ich schaue vor allem mit einer großen Freude auf die vergangenen Jahre als Diözesanvorsitzender zurück und bin sehr dankbar für die vielen schönen Erinnerungen. In meiner Zeit im Diözesanvorstand hatten wir immer ein großartiges Team im Vorstand und an der Diözesanstelle sowie in unserem Diözesanpräsidium. Gemeinsam konnten wir viele Projekte zusammen stemmen, die mir immer in bester Erinnerung bleiben werden. Dazu zählen unter anderem unsere 72-Stunden-Aktionen in den Jahren 2013, 2017 und 2019, mehrere Studienfahrten wie z.B. nach Irland, Frankreich oder zu unserem Partnerschaftsprojekt in Togo und natürlich ganz besonders das KLJB-Bundestreffen „Plattacke!“, das wir 2015 in Lastrup gemeinsam mit der Bundesebene in unserem Diözesanverband ausrichten durften. In bester Erinnerung bleibt mir aber vor allem auch das Engagement der KLJBler*innen in den Ortsgruppen.

Du warst und bist auch sehr aktiv in der MIJARC Europe. Was genau machst du dort und was fasziniert dich an unserem Europaverband?

Seit August 2020 bin ich MIJARC-Europavorsitzender. Die MIJARC Europe ist ein europaweit aktiver Verband, in dem sich Jugendorganisationen aus ländlichen Regionen aus ganz Europa vernetzen. Ich finde es sehr beeindruckend und inspirierend, zu sehen, dass sich MIJARC-Mitgliedsverbände und -organisationen quer über den Kontinent für dieselben Themen einsetzen: Für Perspektiven junger Menschen in ländlichen Räumen, Jugendrechte und den Kampf gegen Ungerechtigkeiten und Ausgrenzung. Außerdem finde ich es unglaublich wertvoll, dass junge Menschen durch die MIJARC die Möglichkeit haben, in Kontakt mit anderen Engagierten aus anderen Ländern zu kommen und gemeinsam aktiv zu werden. Daher kann ich auch nur alle KLJBler*innen dazu ermutigen: Nutzt die Chance und meldet Euch zu MIJARC-Seminaren, -Trainingskursen oder -Sommercamps an. Jede*r ist willkommen.



Voller Vorfreude vor Beginn der Moderation der Plattacke-Eröffnungsshow: Stephan Barthelme (links, KLJB-Bundesvorsitzender 2014–2020) und Jannis.



Jannis auf der Hebebühne bei der Erstellung des Air Pictures beim KLJB-Bundestreffen 2015 in Lastrup.



Da es in seinem Ort keine KLJB gab, gründete Jannis kurzerhand eine Ortsgruppe. 2019 beteiligten sie sich auch an der 72-Stunden-Aktion.

Auf welche Themen oder Projekte freust du dich jetzt als Bundesvorsitzender am meisten?

Schon jetzt freue ich mich sehr auf das Bundestreffen im Diözesanverband Freiburg 2022 sowie auf die nächste bundesweite 72-Stunden-Aktion. Abgesehen von diesen Großprojekten freue ich mich aber vor allem auf die Begegnung mit vielen KLJBler*innen aus ganz Deutschland. ❖❖

Gemeinsam mit Verena Heseding war Jannis bis Juni 2021 Diözesanvorsitzender der KLJB im DV Vechta.



Jannis, entscheide dich!

In die Vergangenheit oder in die Zukunft reisen?

In die Vergangenheit. Ich würde gerne historische Ereignisse miterleben wie bspw. den Berliner Mauerfall.

Nie mehr Salz benutzen oder alles leicht versalzen essen?

Ganz klar lieber alles leicht versalzen essen.

Kino oder Streaming auf dem Sofa?

Auf jeden Fall Kino. Ich bin vor allem sehr gerne in der Sneak Preview und lasse mich überraschen, welchen Film es zu sehen gibt.

Ein toller Musiker oder ein begabter Wissenschaftler sein?

Beides hat seine Reize, aber wenn ich mich entscheiden müsste, wäre ich lieber Musiker. In einer Band mitzuspielen, fänd ich super, da ich großer Livemusikfan bin. Nur leider fehlt mir dazu jegliches musikalische Talent. :D

Finnland oder Indonesien?

Beide! Ich habe sowohl im finnischen Turku als auch im indonesischen Yogyakarta jeweils eine Zeit lang leben und studieren bzw. arbeiten dürfen und habe beide Länder ins Herz geschlossen. Da kann ich mich einfach nicht entscheiden. ❖❖

Vergnügungspark oder Tag am Strand?

Vergnügungspark! Ich saß schon viel zu lange in keiner Achterbahn mehr.

Und zu guter Letzt: lieber in der zweiten Liga um den Aufstieg oder in der ersten um den Abstieg spielen?

Autsch, da ich großer Fan von Werder Bremen bin, schmerzt die Frage nach dem diesjährigen Abstieg noch immer. Ich hoffe, dass mein Verein möglichst bald wieder aufsteigt. Anschließend könnte ich dann aber sehr gut auf nervenaufreibende Zitterpartien um den Klassenerhalt verzichten. :D

DAS INTERVIEW FÜHRTE MALTE PAHLKE, REFERENT FÜR PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT SOWIE JUGENDPOLITIK AN DER KLJB-BUNDESSTELLE

Die Mitgliederversammlung vereint die jüngsten und schon sehr erfahrene KJLBler*innen.



MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER AKADEMIE JUNGES LAND

Die Vorfreude der Mitglieder der Mitgliederversammlung der Akademie junges Land auf das Wochenende war groß. Wahrscheinlich nicht zuletzt, weil die Veranstaltung eine Präsenzveranstaltung war. Das ist in diesen verrückten Zeiten etwas, das man zu schätzen gelernt hat. Am Wochenende vom 9. bis zum 11. Juli tagte die Mitgliederversammlung der Akademie junges Land in der Jugendherberge Schweinfurt, direkt am Ufer des Mains.

Aufgabe der Mitgliederversammlung ist laut Satzung die Entgegennahme des Vorstandsberichts und die Überprüfung der Finanzen.

Nachdem der Vorstand die Mitglieder auf den aktuellen Stand zur momentanen Personalsituation gebracht hatte, ließen wir das vergangene Akademie-Jahr methodisch aufbereitet mit Fotos und Gesprächen Revue passieren. Im Anschluss daran widmeten wir uns den Finanzen. Wir bekamen einen verständlich aufbereiteten Einblick in die aktuelle Situation sowie in den zukünftigen Finanzplan. Der Referent für politische Jugendarbeit und ländliche Entwicklung, Julian Lucas, stellte uns einen seiner

Arbeitsbereiche, die Regionalanalyse in Sommerach, ausführlich vor und begleitete die Vorstellung mit anschaulichen Fotos. Somit konnten sich die Mitglieder mehr unter dem abstrakten Begriff „Regionalanalyse“ vorstellen. Nach der Entlastung des Vorstandes beschäftigten wir uns mit den Protokollen der Mitgliederversammlungen der vergangenen Jahre, um einen Schwerpunkt für das kommende Jahr festzulegen. Der Fokus dieser Protokoll-Querleserei lag auf den Fragen „Was fällt uns auf?“, „Gibt es Unstimmigkeiten?“, „Was sollte fokussiert werden?“ und „Wo sollten wir noch einmal tiefer einsteigen?“. Es gab viele Ideen und Wünsche, in die die Akademie sich vertiefen kann, z.B. im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit oder die Reichweite innerhalb der KJLB erhöhen. Hierbei müssen natürlich stets die Kosten mit dem Nutzen abgewogen werden. Außerdem gilt es, zu beachten, dass die Personalsituation aktuell angespannt ist, da Klara Zunftmeister als Bildungsreferentin für Jugendverbandsarbeit die Akademie verlassen hat und Elisa Köhr schrittweise aus ihrer Elternzeit zurückkommt. Wir sind optimistisch gestimmt, dass nächstes Jahr, nach einer intensiven Einarbeitungszeit (Julian Lucas wird uns aufgrund seiner Befristung verlassen) ein produktives Angehen der neuen Schwerpunkte möglich sein wird. Neben all der inhaltlichen Arbeit kamen der Spaß und die Freizeit nicht zu kurz. So genossen wir den Samstagabend auf dem Minigolfplatz beim flotten Einlochen der Bälle und anschließend beim Mexikaner. ❖❖

ANNETTE BERG
MITGLIED DER AKADEMIE JUNGES LAND



Bundesgeschäftsführer Artur mit hervorragendem Handicap.

Nach getaner Arbeit ließ die Mitgliederversammlung den Abend entspannt ausklingen.



KATHOLISCHE LANDJUGEND BEWEGT JETZT AUCH BISSINGEN

KLJB Augsburg Mit zwölf Gründungsmitgliedern ist im Juli in Bissingen (Landkreis Dillingen an der Donau) eine Ortsgruppe der Katholischen Landjugendbewegung Augsburg gegründet worden.

Lange, fast ein Jahr, haben die Jugendlichen aus Bissingen auf diesen Tag gewartet und ihr Ziel währenddessen nicht aus den Augen verloren: die Gründung einer KLJB Ortsgruppe in ihrer Marktgemeinde. Schon im vergangenen Jahr hatten die Jugendlichen im Alter zwischen 17 und 23 Jahren sich entschlossen, die Jugend in Bissingen zu stärken, Gemeinschaft zu schaffen und an eine lange Tradition anzuknüpfen. Doch die Pandemie machte ihnen einen Strich durch die Rechnung. Statt Gemeinschaft und Zusammenkunft war in den vergangenen Monaten Abstand angesagt, sodass weder eine Gründungsversammlung noch gemeinsame Aktionen in Präsenz möglich waren.

Acht Jugendliche hatten schon 2020 beschlossen, in Bissingen etwas zu bewegen und die 117. KLJB-Ortsgruppe im Diözesanverband Augsburg zu gründen. 2016 hatte sich die Katholische Landjugend in Bissingen aufgelöst, nachdem die Aktivitäten eingeschlafen waren. Das obwohl sie auf eine lange Tradition zurückblicken konnte. „Schon unsere Eltern waren zum Teil Mitglieder bei der KLJB und erinnern sich begeistert an die Aktionen und Erlebnisse von damals“, sagt die 21-jährige Laura Hirner.

Die Marktgemeinde Bissingen besteht aus 17 Ortsteilen, in denen es verschiedene Angebote für Jugendliche gibt. „Doch irgendwie ist jede Gruppe hauptsächlich für sich allein“, erklärt die frischgewählte Ortsgruppenvorsitzende Sarah Gnugesser. „Durch die KLJB wollen wir einen Verband schaffen, der alle zusammenbringt. Auch über die Altersstufen und Ortsgrenzen hinaus.“ Mit dem Pfarrgemeinderat und dem Pfarrer vor Ort verstehen sie sich gut, sodass ihnen schon zur Gruppengründung ein Jugendraum im Pfarrzentrum in Bissingen zur Verfügung gestellt wurde. Dort möchten sie Gruppenstunden abhalten, Gesellschaftsspiele spielen und „vor allem die verschiedenen Jugendgruppen in der Marktgemeinde durchmischen“, sagt der 20-jährige Manuel Tutschka.

Der Vorstand der KLJB Bissingen setzt sich zusammen aus: Emma Finkl, Joseph Finkl, Sarah Gnugesser, Theresa Gnugesser, Hannah Herreiner, Laura Hirner, Julian Rett, Manuel Tutschka. ☘

EVA DJAKOWSKI
KLJB AUGSBURG

Der vollbesetzte Vorstand der KLJB Bissingen (auf dem Foto fehlt Joseph Finkl)

Foto: KLJB Augsburg



Gute Laune bei Tintenfischen und Delegierten bei der Diözesanversammlung der KLJB Regensburg.

Foto: KLJB Regensburg



UNS GEHT'S TINTENFISCH – DIÖZESANAUSSCHUSS I

KLJB Regensburg Zum digitalen Diözesanausschuss (DA) waren am 22. Mai die Delegierten der Kreisverbände der KLJB Regensburg geladen. Nach dem Ankommen gab Diözesanseelsorger Christian Liebenstein zunächst einen spirituellen Impuls, ehe die Mitgliederversammlung des Fördervereins KLAUE stattfand, bei der die Kreisverantwortlichen auch mit ihren Stimmen vertreten waren und mit den fünf weiteren anwesenden Mitgliedern sowie der Diözesanvorstandschaft einige notwendige Satzungsänderungen beschließen konnten. Im Anschluss startete die Runde in die Tagesordnung des DA. Geschäftsführer Johannes Theisinger stellte den Delegierten ausführlich den Haushaltsabschluss 2020 vor. Die Kassenprüfung empfahl die Entlastung des Vorstands und die Versammlung folgte dem Antrag einstimmig. Die Vorstellung des Haushalts für 2022 rundete den Vormittag ab.

Um den Pausenbedarf und die Stimmung der Delegierten immer wieder sichtbar zu machen, durfte dieses Mal ein vorher zugesandter, wendbarer Kuscheltier-Tintenfisch (mit guter und schlechter -Miene) dienen. Mit so sichtbar guter Laune startete die Versammlung – früher als geplant – in einen kurzweiligen Nachmittag. Auf dem Programm standen nur noch die Nachwahl eines*einer Kassenprüfers*Kassenprüferin. Den Hauptteil bildeten aber der Austausch der Kreise untereinander sowie deren Feedback an die Diözesanvorstandschaft. Auf künstlerische Weise waren die Kreisvorsitzenden gefragt, pro Kreis online ihre Situation sowie das Verhältnis zur Diözesanvorstandschaft zu malen. Die Kunstwerke wurden im Anschluss vorgestellt und Fragen beantwortet. Durch die sehr straffe Moderation und die konzentrierte Mitarbeit der Delegierten war man am Ende weit vor dem Zeitplan, weshalb die Andacht, die den Schlusspunkt der Veranstaltung setzte, bereits Mitten am Nachmittag am Vortag des Pfingsttags Platz fand. Hier gab Christian Liebenstein den Anwesenden mit, dass sie sich sicher sein können, dass der Geist Gottes weht. Das Segel setzen, um davon mitgenommen zu werden, müsse aber jede*r selbst.

Am Abend fand sich noch eine kleine Gruppe online zusammen, um, wie es nach Versammlungen abends bei der KLJB üblich ist, noch gemeinsame Zeit im Gespräch zu verbringen. ☘

BENEDIKT REINDL
REFERENT FÜR AGRAR-, VERBRAUCHERSCHUTZ-
UND ÖKOLOGIEFRAGEN DER KLJB REGENSBURG

**„KLAPPE, DIE ERSTE“ – KUHLE AKTION
MIT ELSA AUF DEM DRIEHCEN HOF**

KLJB Aachen „Kamera läuft“, „Ton läuft“, „Und bitte!“, „Genauso bitte nochmal“, diese Sätze haben unsere KLJB’ler*innen zu Beginn der Sommerferien intensiv begleitet. Gemeinsam mit unserem Maskottchen Elsa und einer Film-Crew waren wir zu Gast auf dem Driehsen-Hof in Tönisvorst und haben ganz viel spannendes Bild- und Filmmaterial erstellt.

Der Video-Clip, der daraus im Laufe des Sommers entsteht, ist der Auftakt zu unserer Schulungsreihe zum Thema Social-Media. Unter dem Titel #Muhwiestar wollen wir uns und unsere Mitglieder fit machen für einen guten digitalen Auftritt im Web mit ansprechenden Fotos, rockigen Videos und fetzigen Texten.

Und so werden wir alle zu echten „Muhwiestars“... ❖❖

GUIDO AHRENDT
GESCHÄFTSFÜHRER DER KLJB AACHEN

Natürlich war auch Kuh Elsa beim Dreh dabei!



Foto: KLJB Aachen



SLOWENIEN ERLEBEN – VON DEN ALPEN AN DIE ADRIAKÜSTE

KLJB Passau Anfang Juni waren 18 Jugendliche der KLJB Passau in Slowenien unterwegs. Im Rahmen der landwirtschaftlichen Studienfahrt – organisiert vom Arbeitskreis Land – konnten die Landjugendlichen die Landwirtschaft Sloweniens und die Bedeutung von Regionalität und Nachhaltigkeit bei sämtlichen Betriebsbesichtigungen kennenlernen.

Angefangen mit einem Reisesegen, gespendet von Landjugendseelsorger Michael Vogt, ging es zur ersten Station der Reise, der Kulturhauptstadt Europas 2012 und der Alpenstadt 2000, Maribor. Dort besuchten wir die Basilika der Mutter der Barmherzigkeit und die Kathedrale St. Johannes der Täufer.

Danach ging es bei herrlichem Wetter weiter zu einem großen Hopfenanbaubetrieb mit eigener Trocknungsanlage. Und was könnte anschließend besser passen, als sich eine Brauerei anzuschauen, die sämtliche Sorten an craft Bier produziert, und diese zu verkosten.

Am Freitag stand dann die Besichtigung der Firma SIP Landtechnik auf dem Programm. SIP zählt zu den führenden Herstellern von Graserntemaschinen und ist bereits in 40 Ländern der Welt präsent. Zukünftig sollen aber weiter neue Märkte erschlossen werden.

Weg von der Technik ging es weiter zu einem Milchviehbetrieb, der täglich über 800 Liter Milch von Kühen, die in modernsten Ställen mit Robotern gehalten werden, selbst verarbeitet. Ihre Vision ist es, hochwertige, lokale und mit Liebe verarbeitete Milchprodukte zu produzieren. So stellen sie Jogurt verschiedenster Sorten, Käse, Butter, Eis und vieles mehr her. Die Verkostung der fantastischen Produkte durfte natürlich nicht fehlen.

Am Abend machten wir dann eine Stadtrundfahrt mit dem Zug urban durch die Hauptstadt Sloweniens, Ljubljana, und lernten so viele Sehenswürdigkeiten kennen.

Am nächsten Tag begaben wir uns in die attraktivste Karsthöhle der Welt, ein wahres Wunder der Natur, die Höhle von Postojna mit prächtigen Tropfsteinskulpturen und abwechslungsreicher Tierwelt. Dort erlebten wir ein imposantes unterirdisches Paradies, das über Millionen von Jahren von winzigen Tröpfchen geformt wurde.

Anschließend machten wir uns auf den Weg zu einer Olivenmühle in einem kleinen istrischen Dorf, wo Oliven in nur vier Stunden gepflückt und gepresst werden. Neben einigen Verkostungen wurde uns viel Wissenswertes über die Herstellung und Vermarktung der Öle vermittelt.

Mit einem Elektroboot der Fonda fish farm ging es am Nachmittag hinaus aufs Meer, um die Netze zu bestaunen und einiges über die Fischzucht, die Vermarktung und alle Herausforderungen, die damit verbunden sind, zu erfahren. Der Sprung ins Meer durfte danach natürlich nicht fehlen.

Den letzten Tag der Studienreise begannen wir mit einer Führung auf einem slowenischen Familienbetrieb mit Hühner- und Schweinehaltung. Dieser Betrieb vermarktet seine Eier fast ausschließlich über zwei am Hof platzierte Automaten.

Nach all den vielen interessanten Führungen und jeder Menge Spaß ließen wir die gelungene Lehrfahrt 2021 in das vielfältige Land Slowenien am Bleder See mit Boot fahren, Stand Up paddling und schwimmen ausklingen. ☼

JULIA RIERMEIER
AVÖ REFERENTIN DER KLJB PASSAU

Die Reisegruppe der KLJB Passau erlebte ein vielseitiges Programm.

Foto: KLJB Passau



BUCHTIPPS



Roger Willemsen

Das Hohe Haus

Ein Jahr lang sitzt Roger Willemsen im Deutschen Bundestag – nicht als Abgeordneter, sondern als ganz normaler Zuhörer auf der Besuchertribüne im Berliner Reichstag. Das gesamte Jahr 2013 verfolgt er jede einzelne Sitzungswoche, kein Thema ist ihm zu abgelegen, keine Stunde zu spät. Dabei erlebt er nicht nur die großen Debatten, sondern auch Situationen, die nicht von Kameras erfasst wurden. Ein spannender Einblick in den deutschen Parlamentarismus, der einen nicht selten zum Lachen bringt.



Marco Bülow

Das Lobbyland – Wie die Wirtschaft unsere Demokratie kauft

Das Demokratie-Modell von Marco Bülow umfasst Parlamentarier*innen, die, wie es das Grundgesetz vorsieht, nur ihrem Gewissen gegenüber verantwortlich sind und sich an einen strengen Kodex für Transparenz halten, die Abschaffung des Fraktionszwangs, neue offene Parteien sowie Räte und Plattformen, in denen Bürger*innen sich engagieren und bestimmen. Ein spannender politischer Kommentar, der sich für maßgebliche Veränderung ausspricht.

PODCASTTIPP



Podcast

Wer hat die Wahl?

In dem neuen Podcast Wer hat die Wahl? Gespräch übers Wählen gehen treffen Journalist*innen und Podcaster*innen auf Menschen, über die viel gesprochen wird, aber die selbst selten zu Wort kommen. Es geht um die Wähler*innen. Was bewegt sie? Was bedeutet es für sie, zu wählen? Wo stehen sie politisch?

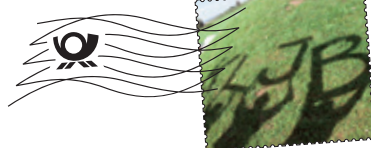
Verfügbar u.a. bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)



BUFONACHGEDACHT

Unser Text für das „Nachgedacht“ kommt dieses Mal von Kaplan Michael Vogt, Diözesanlandjugendseelsorger der Katholischen Landjugendbewegung Passau.

„God bless Donald Trump!“ So und so ähnlich hat es im Wahlkampf in den USA geheißen. Es macht mich froh, dass in Deutschland keine großen Parteien mit Gott Wahlwerbung machen und dass nur wenige Religionsvertreter*innen sich lautstark auf die Seite von Politiker*innen schlagen. Gott macht keinen Wahlkampf. Gott will unsere Freiheit! Auch die Freiheit deiner Entscheidung. Du hast deinen Verstand – nutze ihn! Du hast dein Herz – folge diesem! Emmeran Scharl sagt: „Auf Dich kommt es an!“ Wähle nach deinem Gewissen!



Michael Vogt
KLJB-Diözesanseelsorger
im Diözesanverband
Passau
michael.vogt@
bistum-passau.de



KLJB Freiburg



Ich bin Julian Lohrer und seit dem 01. März 2021 darf ich die Position des Bildungsreferenten an der Diözesanstelle Freiburg bekleiden. Ursprünglich komme ich aus Radolfzell am Bodensee: Dort konnte ich mich bereits selbst im Jugendalter aktiv als Ministrant und Jugendgruppenleiter einbringen. Nach meinem FSJ im Rettungsdienst hieß es dann, zum Studium Abschied nehmen von dieser tollen Zeit und der naturnahen Umgebung. Für meine zahlreichen sportlichen Aktivitäten, u. a. Laufen und Radtouren, habe ich bereits in der Emmendinger Umgebung einen guten Ersatz gefunden. Für meine weitere berufliche Verwirklichung freue ich mich jetzt auf das umfassende Aufgabenfeld im KLJB-Diözesanverband Freiburg und die tolle Zusammenarbeit mit euch allen!

KLJB Münster



Bei der KLJB Münster gibt es mit Annika Quante eine neue Diözesanreferentin: Sie ist für die Bezirke Recklinghausen, Steinfurt und Tecklenburg im Münsterland sowie den Arbeitskreis Schulungsteam zuständig. Außerdem betreut sie den Schwerpunkt Prävention sexualisierter Gewalt.

Annika ist 25, kommt aus Ahlen im Kreis Warendorf und war dort insgesamt fünf Jahre im Vorstand der Ortsgruppe aktiv. Sie hat Anfang des Jahres ihren Bachelorabschluss an der Uni Bielefeld in den Fächern Soziologie & Erziehungswissenschaft geschafft, nachdem sie bereits eine Ausbildung zur Hotelfachkraft in Frankenberg/Eder in Hessen abgeschlossen hatte. Nach einem Corona-Start im Frühjahr, freut sie sich nun sehr, die KLJBler*innen richtig kennen lernen zu dürfen und Präsenzveranstaltungen mitdurchführen zu können!

KLJB Regensburg



Mein Name ist Teresa Ruf und ich bin seit Juli im Bildungsreferat des KLJB Diözesanverbandes Regensburg tätig.

Im September werde ich mein Lehramtsstudium abschließen. Mit meinem Gruppenleiterkurs 2015 in der kath. Jugendstelle Weiden begann mein Interesse für die kirchliche Jugendarbeit. Ich engagiere mich beim BDKJ Kreisverband Neustadt/WN in der Vorstandschaft und im Arbeitskreis Ministranten im Bistum (AKM).

Zudem betreue ich die Pfadfinderinnen des Stammes Weiden St. Konrad als Projektmitarbeiterin der PSG und unterstütze die kath. Jugendstelle Weiden als Teamerin bei Gruppenleiterkursen.

So freue ich mich, mein Ehrenamt ein Stück weit zum Hauptamt zu machen und eine andere, neue Seite der Jugendverbandsarbeit kennenzulernen.

KLJB München und Freising



Jakob². Seit unserer Diözesanversammlung im März haben wir in München und Freising wieder einen voll besetzten Diözesanvorstand. Wir, Jakob Sattler und Jakob Stadler haben mit der Ähnlichkeit unserer Namen schon das eine oder andere Mal für Verwirrung gesorgt.

„Mein Name ist Jakob Sattler und meine KLJB – Wurzeln liegen im Landkreis Dachau, wo ich seit 22 Jahren zuhause bin. Bisher war ich vier Jahre im Orts- und Kreisvorstand. Durch mein freiwilliges Jahr, meine Gruppenleiterarbeit und als Mitglied im diözesanen Bildungsarbeitskreis habe ich in den letzten sechs Jahren viele Erfahrungen in der Jugendbildungsarbeit sammeln können. Jetzt freue ich mich sehr auf die vielen großartigen Erlebnisse und interessanten Menschen, die mir in der

KLJB München und Freising



kommenden Zeit begegnen werden.“ „Ich heiße Jakob Stadler, bin 19 Jahre alt und komme aus dem Landkreis Ebersberg. Dieses Jahr habe ich meine Ausbildung zum Koch abgeschlossen und beginne im September eine Ausbildung zum Erzieher. Meine Reise in der KLJB begann 2014 in meiner Heimat Ortsgruppe. Diese schickte mich dann 2017 in den Kreisvorstand Ebersberg. Seitdem bin ich aktiv in der Arbeit auf Kreis- und Diözesanebene, ob im Pastoralen Arbeitskreis, in der Vorbereitung unseres alljährlichen Pfingsttreffens oder in der 72h Aktion des BDKJ. Alles, was ich in den vergangenen Wochen im Diözesanvorstand erleben durfte, zeigt mir immer wieder, wie vielfältig und relevant für die Themen von morgen unser Verband ist.“

KLJB-Bundestreffen 2022



Das Bundestreffen findet nächstes Jahr vom **04. bis zum 07. August** statt. Zu Gast sind wir in Hausach im wunderschönen DV Freiburg bei den Ortsgruppen Einbach und Schnellingen-Bollenbach. Unzählige KLJBler*innen werden aus dem ganzen Bundesgebiet unter dem Motto „**So schmeckt Zukunft!**“ zusammenkommen. In verschiedenen Workshops beschäftigen wir uns mit dem globalen Ernährungssystem. Und natürlich werden wir auch Zeit haben, die Region zu erkunden und gemeinsam zu feiern. Merkt euch den Termin also unbedingt vor! Unser Promoteam wird jeden Diözesanverband persönlich besuchen. Auch auf unseren Social Media Kanälen bekommt ihr aktuelle Infos rund um das Bundestreffen 2022.

Erfolgsgeschichte

Lamu Jamii

**Wir schaffen Perspektiven für
junge Menschen in ländlichen
Regionen, auch in Kenia!**



www.kljb.org/lamu-jamii-spenden/



Zur Spendenaktion



Lamu Jamii
... more than Cotton